

Steuerkrise für Gastronomie: FPÖ warnt vor Trinkgeld-Belastungen!

FPÖ fordert Steuerbefreiung für Trinkgelder in Gastronomie; Kritik an ÖVP-Plänen und drohende Nachzahlungen alarmieren Branche.



Nachrichten AG

Österreich - In der heimischen Gastronomie- und Tourismusbranche herrscht Alarmstimmung. Die jüngste Entscheidung des Bundesfinanzgerichts (BFG) sorgt für Unsicherheit und könnte viele Betriebe existenziell gefährden. Laut einem Urteil aus Januar 2025 sind Trinkgelder nur bis maximal 25 Prozent des Bruttolohns steuerfrei. Trinkgelder, die diesen Betrag überschreiten, gelten nicht mehr als „ortsüblich“ und werden rückwirkend sozialversicherungspflichtig, was zu hohen Nachzahlungen führen könnte. Thomas Reisenzahn, Geschäftsführer der Prodingler Tourismusberatung, warnt vor einem gefährlichen Klima der Rechtsunsicherheit, während zahlreiche Betriebe vor dem finanziellen Ruin stehen könnten.

Vor diesem Hintergrund äußert sich die FPÖ besorgt über die Reformen zur steuerlichen Behandlung von Trinkgeldern. FPÖ-Tourismussprecher Christoph Steiner kritisiert die Anforderungen des Bundes und die Glaubwürdigkeit der Forderungen des Präsidenten des WKO- und ÖVP-Wirtschaftsbundes, Mahrer. Laut Steiner fehlt es an klaren Maßnahmen zur Steuerbefreiung für Trinkgelder im Regierungsprogramm, das lediglich von einer „Evaluierung“ spricht. In der aktuellen Diskussion kritisiert Steiner die späte Forderung nach Steuerbefreiung, die er als „Augenauswischerei“ bezeichnet.

Forderung nach Steuerbefreiung

Die FPÖ fordert eine grundsätzliche Steuer- und Abgabenbefreiung für Trinkgelder. Dieser Schritt wäre besonders wichtig, da Trinkgelder in der Gastronomie und im Tourismus einen wesentlichen Zuverdienst für die Beschäftigten darstellen. In einem Sektor, der mit niedrigen Gehältern und einem akuten Personalmangel zu kämpfen hat, könnte eine Besteuerung von Trinkgeldern die betroffenen Betriebe zusätzlich belasten. Derzeit liegt die steuerfreie Obergrenze für Trinkgelder zwischen 40 und 50 Euro.

Die neue Auslegung der gesetzlichen Regelungen bedeutet insbesondere für Saisonbetriebe und Teilzeitkräfte, deren Trinkgeld-Anteil typischerweise höher ist, eine problematische Situation. Experten fordern deshalb eine moderne, praxisnahe Lösung, um Rechtssicherheit für alle Betriebe zu schaffen. Ein einheitlicher Appell geht an die Bundesregierung, schnell zu handeln, um die Regelungen für Trinkgelder zu evaluieren und gerechte Lösungen zu finden, die auch den Fachkräftemangel im Tourismus berücksichtigen.

Insgesamt ist deutlich, dass die aktuelle Lage einen dringenden Handlungsbedarf erfordert. Branchenvertreter und die FPÖ fordern deutlichere und verbindliche Maßnahmen, um die Zukunft der Gastronomie und Tourismusbranche in Österreich

zu sichern. Diese Entwicklungen sollten aufmerksam verfolgt werden, um rechtzeitig darauf reagieren zu können. Das gesamte Thema stellt nicht nur eine rechtliche Herausforderung dar, sondern auch eine gesellschaftliche, wenn man die Lebensgrundlage vieler Beschäftigter bedenkt und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Auge behält.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.gast.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at